



Newsletter des Netzwerks Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.

FORUM KRISTA

Ausgabe - Mai 2025



VORWORT

Liebe Leser,

verschaffen Sie sich mit unserem monatlichen Newsletter einen Überblick: Wir informieren Sie über Aktuelles aus der Rechtsprechung und den Medien.

Um den Newsletter knapp zu halten, beschränken wir uns bei der Medienschau regelmäßig auf die Wiedergabe der dortigen Überschriften und einleitenden Sätze.

Ferner finden Sie Verweise auf unsere aktuellen eigenen Beiträge, mit denen wir uns differenziert mit rechtsstaatlichen Problemstellungen auseinandersetzen.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre!

INHALT

1	Vorwort
2	Aktivitäten von KRiStA
3 - 17	Fundstücke aus den Medien
17 - 19	Aufsätze / Kolumnen
19	Bücher
19	Impressum

AKTIVITÄTEN VON KRISTA

15.05.2025: **Quo vadis justitia – Wie der Einsatz von KI die Justiz grundlegend verändern könnte.** Die Digitalisierung hat sich vom Mittel zum Zweck gewandelt – sie gilt als Fortschritt per se, auch wenn längst spürbar ist, dass Wissen und Macht sich dabei neu verteilen. Als jüngster „Zauberbesen“ wird Künstliche Intelligenz gefeiert – und soll nun auch in der Justiz für Effizienz sorgen. Doch welche Grenzen setzt das Recht? Welche Gefahren und Risiken sind mit einem KI-Einsatz in der Justiz verbunden? Ist das Antlitz von Justitia auch zukünftig das eines Menschen?



17.05.2025: **BVerfG nimmt Verfassungsbeschwerde über Maskenpflicht nicht zur Entscheidung an.** Am 29.04.2025 hat das Bundesverfassungsgericht einstimmig und ohne Begründung entschieden, die seinerzeit bei KRiStA veröffentlichte Verfassungsbeschwerde vom 16.01.2023 gegen eine Verurteilung wegen eines am 02.09.2020 unter freiem Himmel begangenen Verstoßes gegen die Maskenpflicht nicht zur Entscheidung anzunehmen.

26.05.2025: **Die (Nicht-)Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Karikaturen.** Anmerkung zu BGH, Beschluss vom 04.02.2025, 3 StR 468/24, und LG Köln, Urteil vom 12.06.2024, 113 KLS 16/23. Vergleiche von Coronamaßnahmen mit Verbrechen der NS-Zeit in sozialen Medien wurden von den Strafverfolgungsbehörden nicht selten mit Strafverfahren wegen Verharmlosung des Holocausts beantwortet. Jetzt hat der Bundesgerichtshof erstmals in einem solchen Verfahren entschieden. Mit der Subsumtion des Sachverhalts unter den Tatbestand des § 130 Abs. 3 StGB nahm es dabei der 3. Strafsenat, der die Revision des Angeklagten verwarf, nicht so genau.

26.05.2025: **Bamberg ist überall.** Ein Blick in die Praxis der Strafjustiz. Zwei Strafverfahren der Bamberger Justiz wegen Politikerbeleidigung haben den Journalisten Jan Fleischhauer veranlasst, diese Angriffe auf die Meinungsfreiheit scharf zu kritisieren und Bamberg als „Sondergerichtszone“ zu bezeichnen. Der Beitrag beleuchtet die Hierarchie innerhalb der Strafjustiz und zeigt, dass die Kritik an sich zwar Zustimmung verdient, aber mit der regionalen Fokussierung auf den Gerichtsbezirk Bamberg zu kurz greift.

FUNDSTÜCKE AUS DEN MEDIEN

02.05.2025 [Punkt.Preradovic](#): „Das Regime hinter der Regierung“ - mit Dr. Michael Andrick. Die Deutschen haben in der Mehrheit einen Politikwechsel gewählt. Aber sie bekommen eine noch radikalere Fortsetzung der Ampel. Klimaneutralität im Grundgesetz, Lügen soll verboten werden usw. Wie kann das sein? „Wir haben ein Regime hinter den Regierungen“, sagt der Philosoph, Historiker und Autor des Buchs „Ich bin nicht dabei“, Dr. Michael Andrick. Will heißen: Regierungen wechseln – die Agenda des Regimes bleibt. Was sind die Ziele dieses deepstates, des tiefen Staates? Und was sind seine Mittel?

02.05.2025 [WELT TV](#): AfD „gesichert rechtsextremistisch“ – „Ein politisches Manöver von Innenministerin Faeser“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die AfD nach mehrjähriger Prüfung als sicher rechtsextrem eingestuft. Der Europa- und Staatsrechtler Prof. Volker Boehme-Neßler ordnet die Entscheidung des Inlandsgeheimdienstes im Interview mit WELT TV ein.

02.05.2025 [JUNGE FREIHEIT](#): AfD als „gesichert rechtsextrem“ – Staatsrechtler Murswiek kritisiert Verfassungsschutz. Die Presseerklärung des Bundesamts für Verfassungsschutz stützt sich ausschließlich auf die Behauptung, die AfD sei geprägt durch ihre Missachtung der Menschenwürde, und dies ergebe sich aus ihrem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis. „Die Presseerklärung läßt nicht erkennen, daß das Gutachten, das der Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ zugrunde liegt, neue Erkenntnisse enthält, die den Vorwurf des Verfassungsschutzes beweisen.“ Vielmehr scheine es so zu sein, daß in dem Gutachten eine Vielzahl weiterer Äußerungen zusammengetragen worden seien, „die ebenso wie fast alle der bisher als Anhaltspunkte für eine extremistische Ausrichtung der AfD verwendeten Äußerungen nicht geeignet sind, den Vorwurf zu belegen, die AfD wolle die Menschenwürdegarantie beseitigen“.

02.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Gesichert unfähig: Wer die AfD verbietet, ist zu schwach für die Demokratie. Faeser lässt die AfD als gesichert rechtsextremistisch einstufen. Damit ist klar: Die Etablierten glauben nicht, dass sie die Partei politisch bezwingen können.

03.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Kristina Schröder rechnet mit Corona-Politik ab: „Die Würde des Menschen wurde klar verletzt“ „Kinder wurden instrumentalisiert“ – Ex-Familienministerin Kristina Schröder über die Corona-Politik, Freiheitsrechte und die versäumte Aufarbeitung. Während in anderen europäischen Ländern Schulen und Kitas als Erstes wieder öffneten, stand das in Deutschland gar nicht zur Debatte. Hier kamen erst Saunen, Spielbanken und Fitnessstudios – und dann, irgendwo auf Rang 17, die Grundschulen. Da wurde mir klar: Hier läuft etwas komplett falsch. Ich habe als Politikerin einiges durchgemacht – von islamistischen Drohungen bis zu harten Debatten über Frauenquote und Betreuungsgeld. Aber die Aggressionen während Corona, gerade gegen Maßnahmenkritik, waren einmalig. Ich wurde als „Nazi“ beschimpft, meine Kinder wurden zum Ziel. Die Schulen, die sie besuchten, wurden öffentlich genannt. Und das, weil ich sagte: Lasst uns auch über die Schäden sprechen, nicht nur über den Nutzen, und dann abwägen.

03.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Michael Andrick über CDU/CSU und SPD: Ein deutsches Regime tritt zutage.

03.05.2025 [FAZ](#): Ehemalige Cum-Ex-Staatsanwältin: Klingbeil muss sich beeilen. Die frühere Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker hat von der neuen Bundesregierung Tempo im Kampf gegen Steuerbetrug gefordert. Sie kritisierte zudem das Bürokratieentlastungsgesetz der früheren Regierung aus SPD, Grünen und FDP als „katastrophale Fehlentscheidung“, weil es eine Senkung der Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege und Rechnungen von zehn auf acht Jahre ermögliche. Da die Verkürzung für Banken aber erst Anfang 2026 in Kraft trete, bleibe dem Finanzminister noch ein gutes halbes Jahr Zeit, „die Aufklärung in Schwung zu bringen, bis die Täter ihre Schredder anwerfen dürfen“.



03.05.2025 Tichys Einblick bei [YouTube](#): Der Verfassungsschutz stuft die AfD als „gesichert rechtsextrem“ ein – eine politische Zäsur mit weitreichenden Konsequenzen. In dieser Sondersendung von Tichys Einblick spricht Maximilian Tichy mit dem renommierten Staatsrechtler Prof. Dietrich Murswiek über die juristische und politische Tragweite dieser Entscheidung. Murswiek sieht darin einen schweren Eingriff in die Chancengleichheit der Parteien und eine mögliche Umgehung rechtsstaatlicher Grundprinzipien. Die Einstufung basiert auf einem geheimen 1100-seitigen Gutachten, das der Öffentlichkeit – und damit auch der betroffenen Partei – nicht zugänglich ist. Wie soll man sich gegen Vorwürfe verteidigen, die man nicht kennt? Murswiek kritisiert die mangelnde Transparenz, den politischen Einfluss auf den Verfassungsschutz und zieht Parallelen zu einer „verdeckten Geheimpolizei“. Besonders im Fokus steht der Vorwurf, die AfD propagiere einen ethnisch-kulturellen Volksbegriff – ein Punkt, den Murswiek als unbelegt zurückweist. Ist die Einschätzung des Verfassungsschutzes rechtlich haltbar oder Ausdruck politischer Instrumentalisierung? Ein Gespräch über Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grenzen staatli-

cher Macht.

04.05.2025 [ntv](#): Richterbund warnt vor politischem Missbrauch der Justiz. „Das aus dem vorletzten Jahrhundert stammende Weisungsrecht der Justizminister für Ermittlungen der Staatsanwaltschaften ist Gift für das Vertrauen der Menschen in eine objektive Strafjustiz“, führte Rebehn aus. Die neue Bundesregierung solle dem Beispiel Österreichs folgen und den Justizminister aus der Weisungskette bei der Strafverfolgung herausnehmen. „In den falschen Händen wäre ein politisches Durchgriffsrecht auf konkrete Strafverfahren fatal“, warnte der Richterbund-Geschäftsführer. Der Richterbund dringt zudem darauf, die Besetzung von Richterstellen neu zu regeln. Das Verfahren sei so auszugestalten, dass es nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden könne. „Um das zu gewährleisten, braucht es vor allem starke Mitbestimmungsrechte der Justiz bei Einstellungen und Beförderungen“, sagte Rebehn.

04.05.2025 [Cicero](#): Die Methode Verfassungsschutz - Staat und Journalismus arbeiten im Fall AfD Hand in Hand. Mit welcher Begeisterung viele Journalisten die Entscheidung aufgenommen haben, die AfD als „gesichert extremistisch“ einzustufen, kann man nur als verstörend betrachten. Anstatt das Bundesinnenministerium kritisch zu hinterfragen, zeigten sie sich vielfach als willfährige Claqueure des Staates.

04.05.2025 [Berliner Zeitung](#): WHO-Pandemievertrag: Schleichende Militarisierung der Pandemiepolitik. Das neue Pandemieabkommen und die Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften folgen einer militärischen Logik. Im Zentrum steht die „Gesundheitssicherheit“.

05.05.2025 Bent-Erik Scholz bei [YouTube](#): Frauke Rostalski über den Ethikrat, Recht und Moral - Die gute Gesellschaft #45. Wie gehen wir miteinander um? Was tun wir einander an? Mit diesen Fragen beschäftigt sich Frauke Rostalski, sowohl als Juristin, als auch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Ethikrat. Dort fiel sie unter anderem durch ihren Aufruf zu einer Aufarbeitung der Corona-Zeit auf. Zuletzt unterzeichnete sie zusammen unter anderem mit Juli Zeh und Svenja Flaßpöhler einen Appell in der ZEIT für eine Rückkehr zum Gespräch miteinander auch in Bezug auf den Ukraine-Krieg. Denn wir leben in einem Zeitalter der Vulnerabilität, und dem Duell Sicherheit vs. Freiheit. Häufig werden Debatten emotionalisiert und damit verunmöglicht, und Urteile erfolgen schnell und ohne Rücksicht auf Verluste. Als Strafrechtlerin plädiert Frauke Rostalski für mehr Abwägung, für die Beweisführung, und vor allem: für verhältnismäßige Sanktionen. Mit Bent-Erik Scholz spricht sie über die Mechanismen des Rechts, über Schuld und Strafe, und darüber, wie viel Gewalt der Staat überhaupt ausüben darf.

05.05.2025 [Kontrafunk](#): Kontrafunk aktuell. Zunächst galt sie als Verdachtsfall, nun soll die AfD laut Verfassungsschutz gesichert rechtsextrem sein. Was davon zu halten ist und wie die Folgen aussehen, sagt der Jurist und Staatsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau.

05.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Joachim Steinhöfel gegen die BRD: „Die abgewählte Regierung hat keinen Respekt vor den Grundrechten“. Medienanwalt Joachim Steinhöfel legt sich immer wieder mit deutschen Behörden an. Will sich das Bundesamt für Justiz nun rächen? Im Jahre 2024 hat Steinhöfel 16 presse- und persönlichkeits-

rechtliche Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland geführt und diese vor dem Bundesverfassungsgericht, Oberverwaltungs- und Zivilgerichten sämtlich gewonnen. Sein im Mai 2024 erschienenes Sachbuch „Die digitale Bevormundung“ (Julian Reichelt: „Ein Manifest der Meinungsfreiheit“) erreichte Platz 1 der Spiegel-Bestsellerliste und gehört zu den meistverkauften Sachbüchern des Jahres 2024.

05.05.2025 [Achgut](#): Entlarvung des grünen Macht-Milieus. Im Frühjahr 2024 veröffentlichten Hedwig Richter, Professorin für neuere Geschichte, und Bernd Ulrich, leitender



Redakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT, ihr Buch „Demokratie und Revolution. Wege aus der selbstverschuldeten ökologischen Unmündigkeit.“ Mit dem Totschlagargument „Klimawandel“ scheint das autoritäre Denken zurückzukehren. Das Buch von Richter und Ulrich leistet für ein ökologisches Denken einen Bärendienst. Es verwandelt die richtigen Beobachtungen in eine Sprache, die den Leser vor die Entscheidung stellt, sich als Suppenkasper gemäßregelt zu fühlen oder sich zur Elite zu rechnen und ab jetzt die Suppenkasper maßregeln zu dürfen.

Beide Rollen sind abstoßend, und beide Rollen wiederholen das zerstörerische Verhältnis, das zwischen Menschen und Natur herrscht. Oder noch einmal anders formuliert: Wer den Klimawandel als Totschlagargument gebraucht, um seine Verachtung des dummen Volkes zu legitimieren, der denkt Politik als Machtausübung, die in der Unterscheidung von Freund und Feind gewinnen will. Es sind inzwischen meist die Grünen-Eliten selbst, die eine ökologische Politik verhindern.

06.05.2024 [Uncut-News](#): Historisch: Trump und Robert F. Kennedy Jr. haben soeben die staatliche Unterstützung für Gain-of-Function-Experimente gestoppt. Noch bevor er sein Amt antrat, warnte Robert F. Kennedy Jr. die Öffentlichkeit vor etwas, das sich nur wenige zu benennen trauten – der sogenannten Gain-of-Function-Forschung, also der Forschung zum Funktionsgewinn bei Viren. Lange bevor die meisten Menschen diesen Begriff überhaupt kannten, kritisierte Kennedy Dr. Anthony Fauci dafür, dass er unter dem Deckmantel der Wissenschaft mit Viren experimentierte und sie gefährlicher machte. In einem Moment, den Kritiker seit Jahren fordern, unterzeichnete Trump eine Durchführungsverordnung, die jegliche Bundesförderung für Gain-of-Function-Forschung verbietet. Es handelt sich dabei um genau die Art von gefährlichen Experimenten, von denen viele glauben, dass sie direkt zur COVID-19-Pandemie geführt haben.

06.05.2025 [Apollo News](#): SPD-Innenministerin entlässt Verfassungsschutz-Chef. Brandenburgs Innenministerin Katrin Lange hat den Chef des dortigen Verfassungsschutzes, Jörg Müller, entlassen. Grund dafür soll eine Auseinandersetzung über eine mögliche Hochstufung des AfD-Landesverbands sein. Müller soll sich für eine solche Einstufung als „gesichert rechtsextrem“ eingesetzt haben.

06.05.2025 [Tichys Einblick](#): Gericht widerruft Waffenverbot für AfD-Mitglied. Das ist der Kernsatz aus der Urteilsbegründung des OVG Münster (20 A 1506/24): „Die bloße Mitgliedschaft in einer zwar verfassungsfeindlichen, aber nicht verbotenen Vereinigung genügt und genügt hingegen für die Verwirklichung des Regeltatbestands waffenrechtlicher Unzuverlässigkeit (...) nicht.“

06.05.2025 [MWGFD](#): „Corona-Leugner“, „Rechtsextreme“, „evangelikale Impfgegner“: ein Hörfunkbeitrag des NDR in zwei Teilen lässt auch fünf Jahre nach Corona kaum ein Framing aus. In einer E-Mail an die beiden Autorinnen Korinna Henning und Daniela Remus kritisiert der Psychiater Dr. Daniel Schwarz deren abfälliges Urteil über Wissenschaftler – darunter auch MWGFD-Mitglieder – und legt den Journalistinnen nahe, sachlich und anhand wissenschaftlicher Fakten zu berichten.

07.05.2025 [Multipolar](#): Brandenburgs Gesundheitsministerin will sich mit Corona-Impfgeschädigten treffen. Treffen soll Zeichen setzen für Ende der „Stigmatisierung von Impfgeschädigten“ / Anerkennungsquote von Impfschäden in Brandenburg bei 2,5 Prozent / AfD fordert Verbesserung der Unterstützung, unabhängige Untersuchung aller Todesfälle und öffentliche Entschuldigung der Regierung. Der Sprecher von Gesundheitsministerin Müller erklärte weiter, die Landesregierung habe im Doppelhaushalt 2025/2026 Mittel in Höhe von zusammen rund 13 Millionen Euro für die Impfgeschädigten vorgesehen, davon 6,2 Millionen Euro im laufenden Jahr. Diese und weitere Entschädigungsausgaben sind jedoch keine freiwilligen oder zusätzlichen Leistungen, wie aus der Antwort des Gesundheitsministeriums hervorgeht: „Es handelt sich bei sämtlichen Ausgaben um Mittel, die aufgrund gesetzlicher Verpflichtung verausgabt werden.“

07.05.2025 [WELT](#): Eigentlich kann es nur zum Crash kommen. Die Addition der Zerwürfnisse hat Deutschland gespalten und verunsichert. Die ver stolperte Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler war nur ein schlagendes Symptom. Mit ihrer zarten Zusammenarbeit mit der Linken verliert die Union nahezu jede Chance, Wähler von der AfD zurückzuholen.

07.05.2025 [Uckermark Kurier Templiner Zeitung](#): Der deutschen Demokratie droht eine Zerreißprobe. Die Bundesregierung erklärt es als „gesichert“, dass die AfD rechtsextremistisch sei. Das hört sich so an, als hätte eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung darüber befunden. Der Inlandsgeheimdienst ist eine weisungsgebundene Behörde. „Gesichert“ ist der Sachverhalt daher nicht objektiv, sondern bloß aus der Sicht einer weisungsgebundenen Behörde. Und selbstverständliche kann sich auch ein Geheimdienst irren. Das passiert im übrigens oft. So beobachtete er über Jahrzehnte hinweg rechtswidrig den ehemaligen Ministerpräsidenten von Thüringen, Bodo Ramelow.

08.05.2025 [Tichys Einblick](#): Nach AfD-Gutachten: US-Geheimdienste reduzieren Ko-

operation mit Deutschland. Schwerwiegende Folgen des Verfassungsschutz-Gutachtens: Der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des US-Senats fordert, die Zusammenarbeit mit dem deutschen Verfassungsschutz vorläufig auszusetzen – zumindest in Fällen, die sich gegen die AfD richten könnten.

09.05.2025 [Apollo News](#): AfD-Einstufung. Verfassungsschutz-Argumentation auf Basis des ethnischen Volksbegriffs ist „völliger Unsinn“ – Interview mit Rupert Scholz. Der Nationenbegriff, der im Grunde ja vorverfassungsrechtlich ist, stützt sich auf zwei Dimensionen: zum einen auf den ethnischen Nationenbegriff, bei dem es um Abstammung geht, und zum anderen auf den Bereich der Kulturnation, bei dem es um Einbürgerungen geht. Der ethnische Nationsbegriff ist insofern selbstverständlich mit der Verfassung vereinbar. Problematisch wird es lediglich, wenn dieser ethnische Nationsbegriff als allein gültig dargestellt wird. Doch auch eine solche Auffassung ist nicht per se verfassungswidrig. Bei der AfD lässt sich meines Erachtens auch nicht erkennen, dass insgesamt in diese Richtung gedacht oder argumentiert wird. In ihrem Programm steht ausdrücklich, dass sie jeden, der die deutsche Staatsangehörigkeit hat, gleichbehandelt – egal, ob ethnisch oder qua Einbürgerung.

09.05.2025 [WELT](#): So viele „Hass und Hetze“-Verfahren hat Bayern neu eingeleitet. Bayern fällt beim Kampf gegen „Hatespeech“ im Internet als besonders aktiv auf. WELT liegen Zahlen dazu vor, wie viele Verfahren wegen „Hass und Hetze“ bis März gestartet wurden – und wie die Entwicklung von 2023 bis 2024 war.

11.05.2025 [FOCUS](#): Die Politisierung der Justiz: Wenn Meinung plötzlich strafbar wird. 3500 Euro wegen Verbreitung eines Fotos, auf dem Karl Lauterbach mit erhobenem Arm zu sehen ist. 1500 Euro für das ironische Zitat eines Hashtags. Der Kampf gegen Hass im Netz nimmt groteske Formen an.

11.05.2025 [WELT](#): Rassismus ist für Verfassungsschutz offenbar okay – aber nur, wenn er von links kommt. Die AfD wird als verfassungsfeindlich eingestuft, ein Ver-



botsverfahren bahnt sich an – aber die genaue Grundlage dafür wird der Öffentlichkeit vorenthalten. Das Rassedenken der woken Linken gilt hingegen als grundgesetzkonform. Wir sollten um unsere Demokratie besorgt sein.

12.05.2025 [Cicero](#): Der Umgang der Koalition mit Desinformation lässt wenig Gutes erwarten. Plant die neue Bundesregierung ein „Wahrheitsministerium“ oder ein „Lügenverbot“? Liest man den Absatz des Koalitionsvertrages zum „Umgang mit Desinformation“ wohlwollend, ist das vielleicht nicht ganz zutreffend. Problematisch ist der Absatz im Sinne der Meinungsfreiheit allemal.

13.05.2025 [NachDenkSeiten](#): Neues im „Fall Guérot“ – Der Kampf um Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit geht in die nächste Runde.

14.05.2025 [WELT](#): Wie der Verfassungsschutz begann, legitime Meinungen zu bekämpfen. Ein Amt, das über den Umgang mit der größten Oppositionspartei Deutschlands entscheidet, sollte über jeden Zweifel erhaben sein. Doch unter Thomas Haldenwang hat sich der Verfassungsschutz weit in den weltanschaulichen Meinungskampf begeben. Der nächste Präsident muss diese Fehlentwicklung beenden.

14.05.2025 [Tichys Einblick](#): Das AfD-Gutachten ist ein Blick in den Spiegel – man sieht die Demokratiefeindlichkeit der Verfasser. Über die AfD erfährt man nichts, was man nicht weiß oder blitzschnell googeln kann. Denn es werden nur öffentliche Zitate aneinandergereiht. Wer geglaubt hat, unter der drohenden, dräuenden, Gefährlichkeit signalisierenden Überschrift „gesichert verfassungsfeindlich“ werde etwas offenbart, eine geheime Verschwörung zum Umsturz etwa, Waffenlager, Training von Attentätern – nichts davon. Es geht um Papier, das umgewälzt wird, um Worte, aus dem Zusammenhang gerissen, um kunstvoll aufgebauschte Behauptungen und zusammengezimmerte, wacklige Konstruktionen.

14.05.2025 [Epoch Times](#): Paukenschlag: Gericht zwingt von der Leyen zur Offenlegung von Pfizer-SMS. Das Gericht der Europäischen Union hat entschieden: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen muss ihre SMS mit Pfizer-Chef Albert Bourla offenlegen. Die Textnachrichten betreffen milliardenschwere Impfstoffverträge – und werfen Fragen zur Transparenz in der EU auf.

14.05.2025 [WELT](#): „Genug Hinweise, dass es zumindest eine Vertuschung gefährlicher Experimente gab“, sagt Bhattacharya. Einst als Lockdown-Gegner Außenseiter, nun Direktor der amerikanischen National Institutes of Health – Jay Bhattacharya wurde unter Donald Trump zu einem der mächtigsten Wissenschaftler der Welt. Im Exklusiv-Interview spricht er über die Corona-Herkunft sowie Transgender-Studien – und rechnet mit Christian Drosten ab.

14.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Fabio De Masi nach „Pfizergate“-Urteil: „Von der Leyen führt sich in Brüssel wie Ludwig XIV auf“. Der BSW-Abgeordnete fordert die EU-Kommission auf, „endlich Demut“ zu zeigen und die SMS zwischen von der Leyen und dem Pfizer-Chef Bourla herauszugeben. Der EU-Parlamentsabgeordnete Fabio De Masi (BSW) hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen anlässlich des heutigen Urteils im sogenannten „Pfizergate“-Fall erneut scharf kritisiert. Im Online-



dienst X bemängelte er, dass die Kommission noch immer nicht die Textnachrichten zwischen von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla während der Corona-Pandemie herausgegeben habe, in denen mutmaßlich ein milliardenschweres Geschäft zur Beschaffung von Impfstoffen besprochen wurde. Weiter gab er sich überzeugt: „Wer sich so sträubt, hat etwas zu verbergen.“

14.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Von der Leyen und „Pfizergate“: Was mit Impfungen passierte, geschieht heute mit Waffen. Geheime Deals, geschwätzte Verträge, fehlende Kontrolle: Der SMS-Skandal um Ursula von der Leyen ist kein Einzelfall, sondern wirft ein grelles Licht auf die EU-Politik.

14.05.2025 [Berliner Zeitung](#): „Pfizergate“-Urteil: Von der Leyen muss Textnachrichten an Pfizer-Chef herausgeben. Per SMS handelte von der Leyen in der Corona-Pandemie ein milliardenschweres Impfgeschäft mit dem Pfizer-Chef aus. Nun muss die Kommission die Nachrichten offenlegen. Die EU-Kommission muss die Textnachrichten zwischen ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla während der Corona-Pandemie herausgeben. Das entschied ein EU-Gericht in Luxemburg am Mittwoch. Beide Seiten können das Urteil noch anfechten und vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) ziehen.

14.05.2025 [WELT](#): Das sind die sieben Kernvorwürfe gegen die AfD im Gutachten des Verfassungsschutzes. 1117 Seiten umfasst das Gutachten des Verfassungsschutzes, das als Grundlage für die Hochstufung der AfD zur „gesichert rechtsextremistischen Bestrebung“ diene. Mit welchen Belegen wird die Verfassungsfeindlichkeit der Partei begründet? WELT gibt einen umfassenden Überblick.

15.05.2025 [NachDenkSeiten](#): Ulrike Guérot war jahrelang eine der angesehensten Politikwissenschaftlerinnen in Deutschland. Doch nachdem sie die Coronamaßnahmen und den Stellvertreterkrieg in der Ukraine kritisiert hatte, wurde sie wie eine

Staatsfeindin behandelt. Der italienisch-britische Journalist Thomas Fazi präsentiert, anlässlich der nächsten Gerichtsverhandlung von Guérot am 16.05.2025 vor dem Landesarbeitsgericht Köln, einen persönlichen Blick auf die „Causa Guérot“ mit einigen brisanten neuen Einblicken zu den Hintergründen ihrer Verfolgung.

15.05.2025 [LTO](#): Name von Richterin darf im Buch „Rechte Richter“ stehen. Gerichtsverhandlungen sind ohnehin öffentlich und welche Informationen die Presse verwendet, kann diese immer noch selbst entscheiden. Daher darf im Buch „Rechte Richter“ der volle Name einer Richterin genannt werden, so das OLG Frankfurt. Geklagt hatte eine Richterin, die im Buch mit dem Titel „Rechte Richter“ mit ihrem vollständigen Namen im Zusammenhang mit einem Strafverfahren genannt wird, das sie als Vorsitzende der Strafkammer geleitet hat. Konkret gibt das Buch eine Äußerung aus einer mündlichen Urteilsbegründung wieder. Die Richterin verlangte daraufhin vom Buchverlag Unterlassung des Buchvertriebs mit ihrer vollen Namensnennung nach §§ 1004 Abs. 1 S. 2, 823 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches i. V. m. Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes.

15.05.2025 [WELT](#): Staatsanwaltschaft Köln prüft Ermittlungen gegen frühere Cum-Ex-Chefaufklärerin Brorhilker. Nach Informationen von Business Insider/WELT prüft die Aachener Staatsanwaltschaft die Aufnahme von Ermittlungen gegen die frühere Cum-Ex-Chefaufklärerin Anne Brorhilker. Es geht um den Verdacht der Verletzung von Dienstgeheimnissen.

15.05.2025 [Transition News](#): Strafanzeige gegen Deutschlands „Corona“-Köpfe. „Wissenschaft und Politik täuschten gemeinsam die Öffentlichkeit“, schreibt Michael Paul Parusel in seiner Anzeige gegen 52 führende Persönlichkeiten in Deutschland. Transition News sprach mit dem Rechtsanwalt über seine 129-seitige Sachverhaltsdarstellung und die Motivation dahinter, sie gerade jetzt zu verfassen. Die Anzeige steht zum Download zur Verfügung.

16.05.2025 [WELT](#): Ein juristischer Alleingang. Hält die Hochstufung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz einer juristischen Prüfung stand? Die Kölner Rechtsprofessorin Frauke Rostalski, Mitglied im Deutschen Ethikrat, meldet erhebliche Zweifel an.

16.05.2025 Westend Verlag bei [YouTube](#): Der Fall Ulrike Guérot geht in eine neue Runde - kurz vor dem Erscheinen ihres neuen Buches „Zeitenwenden“. Diese Gesprächsrunde wurde unmittelbar nach der Gerichtsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht Köln am Freitag, den 16.05.2025, in Köln aufgezeichnet. In diesem Berufungsverfahren wurde nicht darüber beschieden, ob das Urteil in erster Instanz richtig sei oder nicht, sondern es wurden alle Punkte vor Gericht noch einmal betrachtet, die in am 24.04.2024 vor dem Arbeitsgericht in Bonn ebenfalls Gegenstand waren. Ausgangspunkt des Falles ist, dass die Universität Bonn am 14.02.2023 ihrer Professorin Ulrike Guérot unerwartet die Stelle kündigte. Zum Gegenstand nahm die Universität und Arbeitgeberin das Buch „Warum Europa eine Republik werden muss“, das die Wissenschaftlerin 2016 geschrieben hatte, und erhob Plagiatsvorwürfe. Frau Guérot erhob daraufhin eine Kündigungsschutzklage. Die politische Dimension dieses Falles kann nicht ohne die politisch-gesellschaftlichen Veränderungen der Corona-Krise, der Kriege in der Ukraine und Israel/Gaza gesehen werden.

16.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Roger Waters: Verfahren wegen Volksverhetzung wurde eingestellt – „Meinungs- und Kunstfreiheit überwog“. Gegen Pink-Floyd-Mitgründer Roger Waters lief vonseiten der Berliner Staatsanwaltschaft ein Verfahren. Aus diesen Gründen wurde es nun eingestellt.

17.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Katja Hoyer über die AfD: Warum es falsch ist, Deutschlands größte Oppositionspartei zu verbieten.

17.05.2025 [BR24](#): KI in der Justiz: „Das Gefühl für das Zwischenmenschliche fehlt“. Inwiefern kann Künstliche Intelligenz unsere Arbeit in Zukunft ersetzen? Eine Frage, die auch Dolmetscher und Übersetzer in der Justiz beschäftigt. Die Technik erleichtert, kann aber auch gefährlich sein. Der Mensch muss daher die Kontrolle behalten. Ralf Lemster und seine Kolleginnen und Kollegen arbeiteten nach der Formel „Nach bestem Wissen und Gewissen“. Gewissen fehle der Maschine aber.

17.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Corona-Ausschuss im sächsischen Landtag: Diese Aussage von Drostens sorgt für Gelächter. Der Virologe ist im Untersuchungsausschuss als Zeuge geladen. Dort spricht er über seine Rolle während der Pandemie. Konkret ging es dabei um Drostens Rolle als Gast im NDR-Podcast, der während der Corona-Pandemie fast täglich für Schlagzeilen sorgte. Seine Präsenz begründete Drostens mit seiner Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit: „Ich habe zwanzig Jahre steuerfinanzierte Forschung betrieben – irgendwann muss man den Steuerzahlern etwas zurückgeben.“ Diese Aussage sorgte für Gelächter auf der Besuchertribüne. Besonders kritisch bewertete Drostens eine Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, die sich für eine Impfpflicht für medizinisches Personal aussprach. „Das war die größte Fehleinschätzung, an der ich beteiligt war“, so Drostens.



19.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Medienkolumne: Grußwort zum Ende der Meinungsfreiheit. Jeder dritte Deutsche hat schon mal die eigene Meinung nicht gesagt, aus

Angst vor den Folgen. Das gilt auch für Redakteure im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

20.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Strafanzeigen gegen Bürgerkommentare: So schaden Baerbock, Habeck & Co. der Politik. Warum der rechtlich ausgeweitete Kampf gegen Verleumdung und Beleidigung von Politikern keinesfalls noch weiter ausufern darf. Mit dem „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ wurde 2021 eine Reihe von Verschärfungen in das Strafrecht eingeführt. Mit § 188 StGB wurde ein besonderer Schutz für Personen des politischen Lebens auf alle politischen Ebenen eingeführt, der seitdem für eine Flut von Strafanzeigen gesorgt hat. In der Begründung für die Einführung des § 188 StGB ging es unter anderem darum, eine „Vergiftung des politischen Klimas“ zu verhindern. Die Schwachkopf-Verunglimpfung des Wirtschaftsministers und viele ähnliche Anzeigen gingen durch die Medien, weniger Aufmerksamkeit bekam aber die Statistik. Habeck lag im September 2024 mit 805 Strafanzeigen an der Spitze, dicht gefolgt von seiner Kollegin Baerbock mit 514. Nach der verfügbaren Quellenlage ist die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, inzwischen im EU-Parlament, mit rund 2000 Anzeigen seit Februar 2023 die Spitzenreiterin. Zumindest die Gerichtskosten gehen zu Lasten der Steuerzahler und belasten die ohnehin unterbesetzte Justiz zusätzlich.

21.05.2025 [tkp](#): Geheimer „Propagandakrieg gegen die Meinungsfreiheit“ der EU aufgedeckt. Die EU hat laut einem Bericht 650 Millionen Euro für Projekte zur Bekämpfung von sogenannter „Hassrede“ und „Desinformation“ bereitgestellt. Die Kommission hat damit 349 entsprechende Projekte von NGOs und Universitäten finanziert.

21.05.2025 [Multipolar](#): Corona: Mit dem Wissen von damals. „Drohende Überlastung des Gesundheitssystems“, Lockdown, Schulschließung, Intubierung Kranker, PCR-Tests für alle, Verengung der Behandlungsmöglichkeiten auf die Injektion experimenteller mRNA-Präparate – die Liste der „Fehleinschätzungen“ ist lang. Wusste man es damals nicht besser? Multipolar versucht einen Rückblick auf den Wissensstand im ersten Jahr der Coronakrise.

22.05.2025 [NachDenkSeiten](#): Die EU hat jetzt auch zwei deutsche Journalisten, die im Ausland leben, auf die Sanktionsliste gesetzt. Der Schritt ist ein Schlag gegen die Meinungsfreiheit und andere Grundrechte.

22.05.2025 [LTO](#): Neuwahl eines Verfassungsrichters. BVerfG schlägt Spinner, Klein und Menges vor. Schneller als erwartet hat das Bundesverfassungsgericht drei Personalvorschläge für die Nachfolge von Josef Christ gemacht: den BAG-Richter Günter Spinner und die BGH-Richter Oliver Klein und Eva Menges. Eigentlich werden die 16 Richter des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt. So wird die demokratische Legitimation des BVerfG sichergestellt. Wenn die Politik aber nicht vorankommt, kann das Gericht gem. § 7a Abs. 1 BVerfGG eigene Personalvorschläge machen. Konkret geht es um die Nachfolge des Richters Josef Christ am Ersten Senat. Seine Amtszeit endete altersbedingt bereits im letzten Herbst. Seit dem ersten Dezember ist er nur noch geschäftsführend im Amt. Das Vorschlagsrecht für seine Nachfolge liegt bei der CDU/CSU. Zuständig für die Neuwahl ist der Bundestag. Der Nachfolger muss Richter an einem Obersten Bundesgericht sein. Erforderlich ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

22.05.2025 [WELT](#): Die Demokratie stirbt in Rumänien. Europa jubelt, weil der Wahlsieger in Rumänien ein Pro-EU-Mann ist. Doch zuvor wurde eine Wahl annulliert, der Gewinner wurde verhaftet und ausgeschlossen. Damit öffnet sich mitten in Europa die Tür für den Ausschluss von Kandidaten, die nach Ansicht der Machthaber die „falschen“ Positionen vertreten. Im Dezember, erklärte das rumänische Verfassungsgericht in einem beispiellosen Vorgang die gesamte Wahl für ungültig und berief sich dabei auf klassifizierte Geheimdienstinformationen, die eine ausländische Einmischung vor allem durch TikTok-Videos feststellten. Wenn man den drastischen Schritt unternimmt, eine Wahl 48 Stunden vor ihrer Durchführung zu annullieren, sollte man besser hieb- und stichfeste Beweise haben und diese Beweise auch veröffentlichen.

22.05.2025 [Berliner Zeitung](#): FDA warnt vor Myokarditis-Risiko: Neue Hinweise für Pfizer- und Moderna-Impfstoffe gefordert. Die FDA fordert neue Warnhinweise zu Herzrisiken bei den COVID-19-Impfstoffen von Pfizer und Moderna – betroffen sind vor allem junge Männer.

22.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Schwarz-Rot gegen die freie Rede: Im Bundestag verteidigt niemand mehr die Meinungsfreiheit. Wenn es nach Union und SPD geht, sollen abwertende Krankheitsvergleiche als Volksverhetzung gelten. Politische Kämpfe mit dem Strafrecht zu führen, kann nur schiefgehen. Auch die deutsche Idee der Meinungsfreiheit – mit ihren historisch konnotierten Einschränkungen durch die Tatbe-



stände der Volksverhetzung und Beleidigung – sollte möglichst absolut gelten. Meinungsfreiheit sollte sehr weit ausgelegt sein, weil jeder Eingriff in sie zu Missbrauch ermutigt.

22.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Warum Worte wie „Coronaleugner“ und „Impfgegner“ bis auf Weiteres vermieden werden sollten: Einen Bericht über das Urteil gegen Reiner Fuellmich nimmt unser Autor zum Anlass, um noch einmal auf die korrekte Wortwahl beim Thema Corona hinzuweisen. Völliges Unverständnis tritt ein, dass man in der Berliner Zeitung meint, Fuellmich als „ehemaligen führenden Vertreter der Coronaleugner- und Impfgegnerszene“ bezeichnen zu müssen. Das sind poli-

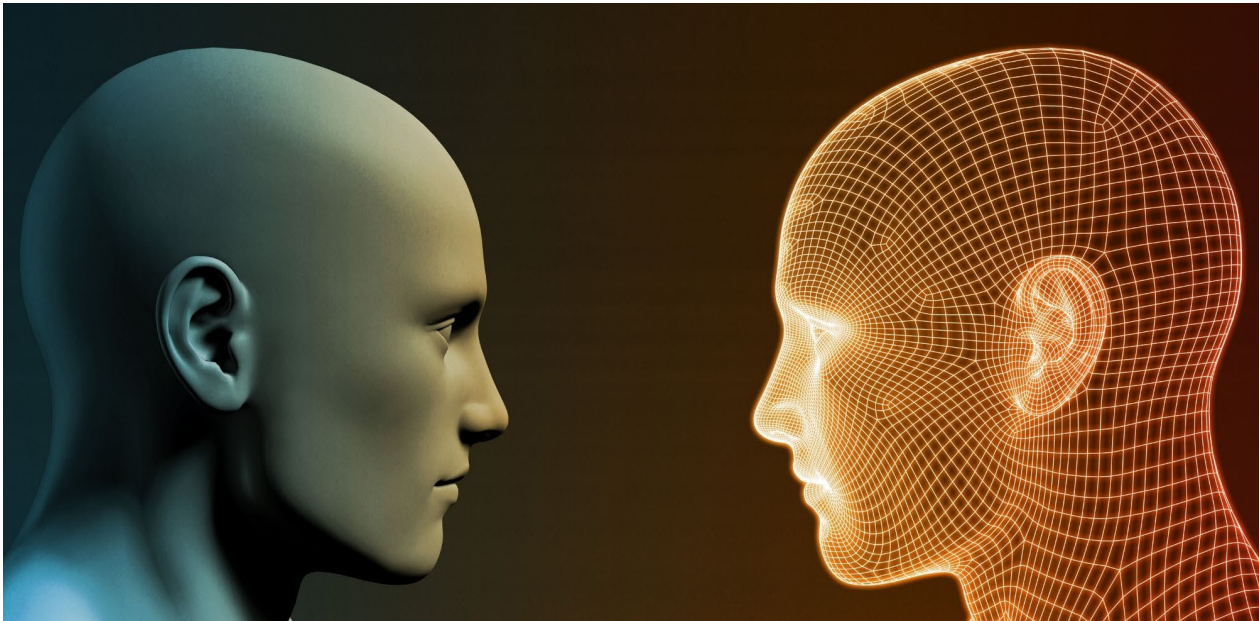
tische Kampfbegriffe und keine subsumierbaren Entitäten und solcherlei Wording ist geeignet, vergessen zu machen, dass es immer noch gravierende Gründe gibt, die Ereignisse der Corona-Zeit sehr genau unter die Lupe zu nehmen. Bevor dies geschehen ist, sollten Worte wie „Coronaleugner“ und „Impfgegner“ tunlichst vermieden und auf ein solches Labeling verzichtet werden, weil das der Sache und den Menschen nicht gerecht wird, wie ich finde.

23.05.2025 [Berliner Zeitung](#): Wir haben alle versagt: Was wir nach Corona unbedingt anders machen müssen. Der nächste Ausnahmezustand kommt bestimmt: Journalisten müssen reflektieren, was sie bei Corona falsch gemacht haben. Es geht um die Demokratie. Die Bereitschaft der Medien, sich in einen engen Informationskorridor drängen zu lassen, entspricht nicht dem Selbstverständnis einer freien Presse in einer offenen, demokratischen Gesellschaft. Ihre oft nicht notwendige Willfährigkeit war überdies kontraproduktiv, so Armin Triebel: „Entgegen den Planungen hat die Corona-Pandemie nicht zu mehr gesellschaftlicher Solidarität geführt und die befürchtete Erosion des gesellschaftlichen Gemeinsinns nicht aufgehalten. Der Versuch, die Bevölkerung durch drastisches Ausmalen von Gefahr und durch einen moralisierenden Solidaritätsbegriff auf einen einheitlichen Willen einzunorden, hat vielmehr zur Aktivierung von Feindbildern und zur Ausprägung feindlich sich gegenüber stehender Wir-Gruppen geführt. Durch die Herstellung von Angst wurde die Moral mit Zwangsgewalt ausgestattet.“

26.05.2025 [Multipolar](#): Maskenpflicht: Wie das Robert Koch-Institut die Öffentlichkeit täuschte. Rückblick ins erste Corona-Jahr: Das RKI hatte das Maskentragen im öffentlichen Raum zunächst abgelehnt, schwenkte während des Lockdowns im April 2020 aber überraschend um. Die Professorin für Krankenhaushygiene Ines Kappstein weist in ihrem neuen Buch nach, wie die Behörde damals eine Evidenz für die Wirksamkeit der Masken nur vortäuschte – und damit die Beschlüsse der Regierung zu einer Maskenpflicht ermöglichte. Multipolar analysiert die RKI-Protokolle zu dieser 180-Grad-Wende, veröffentlicht Auszüge aus dem Buch und hat die Autorin interviewt.

28.05.2025 [LTO](#): Peruanischer Bauer gegen RWE. Was das Urteil des OLG Hamm bedeutet. Die Klimaklage eines peruanischen Bauern gegen RWE scheiterte, das Gericht sieht keine konkrete Gefahr für sein Haus. Dennoch stellt das OLG fest: Große Emittenten können im Grundsatz zur Verantwortung gezogen werden. Die konkrete Klage ist zwar gescheitert. Dennoch ist es bemerkenswert, dass das OLG Hamm eine Haftung deutscher Unternehmen für Folgen des Klimawandels in anderen Staaten im Grundsatz für möglich hält. „Große Emittenten können für die Folgen ihrer Treibhausgasemissionen zur Verantwortung gezogen werden. Das Urteil ist ein Meilenstein und wird Klimaklagen gegen fossile Unternehmen und damit der Abkehr von fossilen Brennstoffen weltweit Rückenwind geben“, sagt Klägeranwältin Dr. Roda Verheyen, Partnerin bei der Kanzlei Günther.

28.05.2025 [Cicero](#): Für ein Recht auf Desinformation. Der Kampf gegen „Desinformation“ ist zum Instrument der Macht geworden. Was als Abwehr gegen autoritäre Propaganda begann, droht selbst autoritär zu werden. Denn eine Demokratie, die Wahrheit verordnet, hat ihre kritische Vernunft aufgegeben.



29.05.2025 [Apollo News](#): Um „demokratisches System zu retten“: Im Nebensatz kündigt Prien mehr staatliche Einmischung in die sozialen Medien an. In einem Nebensatz hat die Bundesfamilienministerin Karin Prien bei der Republica weitere Regulierungsmaßnahmen von sozialen Medien angekündigt. So will die CDU-Politikerin „unser liberales, demokratisches System retten“. Immer wieder wird auf europäischer Ebene, aber auch in der deutschen Politik, eine staatliche Einmischung in die sozialen Medien gefordert – insbesondere nachdem X und der Facebook- und Instagram-Konzern Meta zunehmend weniger auf Zensur, sondern auf Meinungsfreiheit setzen. Mehrere Grünen-Politiker forderten deshalb etwa den Aufbau eines öffentlich-rechtlichen sozialen Netzwerks als Alternative zu den privaten Angeboten.

29.05.2025 [Tichys Einblick](#): Die digitale Identität kommt – Wie Deutschland den gläsernen Bürger erschafft. „Zum digitalen Staat gehört auch, dass jeder Mensch eine digitale Identität erhält“, erklärte der CDU-Politiker ohne Umschweife vor dem Deutschen Bundestag. Bis Ende 2026 soll die sogenannte „Digital Wallet“ verfügbar sein – ein „digitales Portemonnaie“, das weit mehr als nur ein harmloses Hilfsmittel darstellt. Was sich hinter den technokratischen Begriffen verbirgt, ist ein beispielloser Angriff auf die Privatsphäre und Freiheit jedes einzelnen Bürgers. In dieser digitalen Brieftasche sollen alle wichtigen Dokumente gespeichert werden: Personalausweis, Führerschein, Fahrkarten, Zeugnisse, berufliche Abschlüsse, Bankvollmachten und sogar Kreditkarten. Stellen Sie sich einen ganz normalen Tag vor: Morgens wollen Sie wie gewohnt einen Kaffee kaufen, mittags ein Ticket für den öffentlichen Nahverkehr lösen, abends einen Vertrag unterschreiben. Doch diesmal ist es anders – ohne Ihre digitale Identität läuft nichts mehr. Jeder Schritt wird registriert, jede Transaktion überwacht, jede Bewegung protokolliert.

30.05.2025 [Epoch Times](#): Rundfunkbeitrag vor historischem Richterspruch: Hat der ÖRR seine Pflichten verletzt? Die mündliche Verhandlung in einem Grundsatzstreit zur Rundfunkbeitragspflicht wird am 01.10.2025 vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig beginnen. Eine Klägerin aus Bayern hatte sich auf Anraten der Bürgerinitiative Leuchtturm ARD ORF SRG bereiterklärt, durch alle Instanzen zu gehen. Bislang waren sämtliche Versuche unzufriedener Beitragszahler, die Beitragspflicht für ARD, ZDF und das Deutschlandradio auf juristischem Wege infrage zu stellen, stets ge-

richtlich abgeschmettert worden. So auch im zugrunde liegenden Fall, den die anonyme Klägerin auf Betreiben der Leuchtturm-Initiative angestrengt hatte. In dritter Instanz ließen allerdings Prof. Dr. Ingo Kraft, Vorsitzender Richter des 6. Senats am Bundesverwaltungsgericht, und die beiden Richterinnen Elisabeth Steiner und Dr. Stephanie Gamp die Revision zu (Az: BVerwG 6 B 70.23). Das Trio begründete die Zulassung mit der grundsätzlichen Bedeutung der Streitfrage gemäß § 132 Abs. 2 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Der vorinstanzliche Verwaltungsgeschichtshof München hatte im Kern argumentiert, dass die Einhaltung der für die Rundfunkanstalten geltenden gesetzlichen Vorgaben allein die Sache der dafür zuständigen Aufsichtsgremien sei, in der Regel der Rundfunkräte. Wenn ein Beitragszahler Zweifel an der Objektivität und Unparteilichkeit hege, so stehe ihm der Weg einer Programmbeschwerde gegenüber diesen Aufsichtsgremien frei.

30.05.2025 [Achgut](#): KI in der Justiz. Von Falk Meinhardt. Wenn es nach der Regierungskoalition geht, soll eine „moderne“ Justiz entstehen, die Künstlicher Intelligenz offen steht. Ob neben der zeitgeistig erhofften Effizienzsteigerung später auch „Mord-Vorhersagen“ möglich sind oder gar der „Überwachungskapitalismus“, wird sich zeigen.

31.05.2025 [Overton](#): Der Ballweg-Prozess und ein Gerichtssaal, der zum Tatort gemacht wurde. Am 17.03.2025 hatte die Kammer vorgeschlagen, das Verfahren einzustellen. Die Staatsanwaltschaft lehnte kategorisch ab, obwohl sie ihre Anklage nicht belegen kann.

31.05.2025 [Achgut](#): Sind die Bamberger Urteile nur Einzelfälle? Von Holger Willanzheimer. In Bezug auf die Bamberger Justiz sprachen Journalisten schon von einer „Sondergerichtszone“. Stimmt das? Oder droht der Rechtsstaat auch anderswo in eine Schieflage zu geraten?

AUFSÄTZE / KOLUMNEN

Professor Dr. Mario Martini und Luci Haspinger: Die KI-VO im Umwelt-Check – Rückenwind für eine grüne Zukunft?

Künstliche Intelligenz kann den Umweltschutz beflügeln. Sie kann ihn aber auch (nicht nur wegen ihres hohen Energiebedarfs) ausbremsen. Die KI-VO eröffnet die Chance, den Motor umweltfreundlicher KI anzukurbeln und die Technologie der Zukunft stärker auf Umweltschutz einzuschwören. Ob und inwieweit der Unionsgesetzgeber diese Herausforderung gemeistert hat, nimmt der Beitrag unter die Lupe. So segensreich KI auch sein kann, umwelt- und klimaneutral ist sie nicht. Der ökologische Fußabdruck dieser sich rasant entwickelnden Technologie gleicht vielmehr dem schweren Schritt eines Riesen, der tiefe Spuren in der Umweltbilanz hinterlässt. Dafür zeichnet insbesondere der Energiehunger Künstlicher Intelligenz verantwortlich: Entwickler füttern KI-Systeme in der Trainingsphase mit riesigen Datenmengen. Deren Verarbeitung findet in Rechenzentren statt. Diese verbrauchen bereits heute bis zu 5% des Stroms weltweit. Allein deutsche Rechenzentren haben im Jahr 2022 mehr als 17,9 Mrd. kWh Strom verschlungen. Das entspricht 3,74% des gesamten deutschen Stromverbrauchs. Die für das Training benötigte Rechenleistung hat sich seit dem Jahr 2010 knapp alle sechs Monate verdoppelt. In der Folge waren die gro-

ßen Rechenzentren der USA im Jahr 2023 bspw. bereits für mehr als 105 Mio. t CO₂ verantwortlich. Das entspricht einer Verdreifachung seit dem Jahr 2018. Allein in den kommenden drei Jahren wird sich der Stromverbrauch von Rechenzentren im Vergleich zum Jahr 2023 voraussichtlich um das 2,6-fache steigern – auf 500 Terrawattstunden (TWh) jährlich. Weniger konservative Vorhersagen prognostizieren sogar, dass der globale Stromverbrauch von Rechenzentren bis 2030 um das 20-fache zunehmen wird. Neben ihrem gigantischen Energieverbrauch und ihrem großen CO₂-Fußabdruck ist KI auch überaus „durstig“. Googles Wasserbedarf, um seine Rechenzentren zu kühlen, ist – auch als Folge des weltweiten KI-Wettrüstens – bspw. allein zwischen 2022 und 2023 um 16,87% gestiegen. Generative KI verstärkt diesen Trend. Eine Google-Suche benötigt für die gleiche Anzahl an Anfragen nur ein Hundertstel der Wassermenge, die ChatGPT verschluckt (NVwZ 2025, 737; [beck-online](#))

Jens Ferner: Zwangsweise Entsperrung von Smartphones: Die Büchse der Pandora ist offen

Ermittler dürfen den Finger eines Beschuldigten aufs Handy drücken, um es zu entsperren, sagt der BGH. Das mag praktisch sein und manchmal auch angemessen wirken, doch bei Fingerabdrucksensoren wird es nicht bleiben, warnt Jens Ferner. Im zugrunde liegenden Fall wurde ein Mann im Rahmen einer richterlich angeordneten Wohnungsdurchsuchung mit mehreren Mobiltelefonen konfrontiert, mit denen er kindesgefährdende Kontakte angebahnt haben sollte. Da der Beschuldigte, der entgegen einem Berufsverbot als Kinderbetreuer tätig war, das Handy nicht freiwillig entsperren wollte, legten die Ermittlungsbeamten seinen Finger unter Anwesenheit der Ermittlungsbeamten auf das Smartphone. Der BGH hat die Vergrößerung des Zugriffs auf das Smartphone zum Erlaubnisbereich der 2016/680 zum bezogenen Daten



eröffnet. Der Zugriff stelle eine Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne der Richtlinie dar, die der Maßnahme jedoch nicht generell entgegenstehe. Zwar handele es sich um einen schwerwiegenden, unter Umständen sogar besonders schwerwiegenden Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Beschuldigten. Gleichwohl sei ein solcher Eingriff im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen zulässig, sofern er auf einer klaren gesetzlichen Grundlage beruhe, einem legitimen Ziel diene und verhältnismäßig sei. Der BGH verweist auf die Rechtsprechung des EuGH, wonach auch erhebliche Eingriffe in die Privatsphäre im Kontext der Strafverfolgung nicht ausgeschlossen sind, wenn sie einem dem Gemeinwohl dienenden Zweck dienen und die gesetzlichen Voraussetzungen des Art. 52 Abs. 1 GRCh erfüllen. Die Verarbeitung im Rahmen der zwangsweisen Entsperrung sei demnach gerechtfertigt. Dass der Beschuldigte die Entsperrung nicht freiwillig vornehme, ändere daran nichts, da die Richtlinie keine absolute Einwilligungspflicht normiere. ([beck-online](#))

Dr. h.c. Gerhard Strate: Strategeme

Die uralte Frage, wie sich politische Opponenten elegant aus dem Feld schlagen lassen, beschäftigt die Menschheit schon seit Jahrtausenden. Die Kunst der politischen Intrige kommt nie aus der Mode und macht auch vor dem Zugriff auf das Strafgesetzbuch nicht halt: „Im Rahmen der Resilienzstärkung unserer Demokratie regeln wir den Entzug des passiven Wahlrechts bei mehrfacher Verurteilung wegen Volksverhetzungen“, heißt es im neuen Koalitionsvertrag. Und weiter: Um „Terrorismus, Antisemitismus, Hass und Hetze“ noch intensiver zu bekämpfen, sei darüber hinaus eine Verschärfung des Tatbestands der Volksverhetzung geplant. Auffällig ist die Unverfrorenheit, mit der die neue, völlig unbestimmte Allerweltsformel „Hass und Hetze“ genutzt wird, um § 130 StGB nahezu beliebig anwendbar zu machen. ([beck-online](#))

BÜCHER

Michael Andrick: Ich bin nicht dabei

Das Buch „Ich bin nicht dabei: Denk-Zettel für einen freien Geist“ von Michael Andrick ist ein Plädoyer für Toleranz und einen angstfreien Diskurs. Es beinhaltet Andricks Denkanstöße zu aktuellen gesellschaftlichen Debatten und fordert zu kritischem Denken auf.

Unterstützen Sie unsere Arbeit gern mit einer Spende. Herzlichen Dank!

Netzwerk KRiStA | IBAN: DE12 6725 0020 0009 3540 85

IMPRESSUM

Herausgeber

KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V.
Bessemerstraße 82
12103 Berlin

E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Website: <https://netzwerkkrista.de>

Vertretung des Vereins

jeweils einzeln vertretungsberechtigt als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder: Matthias Guericke, Karin Hark und Thomas Wagner

V.i.S.d. § 18 Abs. 2 MStV

Matthias Guericke
c/o KRiStA – Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte n.e.V., Bessemerstraße 82, 12103 Berlin
E-Mail: kontakt@netzwerkkrista.de

Haftung für Links

Wir können keine Haftung für externe Links übernehmen. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

